

***) Licht und Wärme, letzte Gruppe.

laturperiode am 6. März statt. Die Dauer der Landtagsession über Ostern hinaus wird wesentlich davon abhängen, ob die Beschlüsse der Commission für das Schullastengesetz betreffend die theilweise Forterhebung des Schulgeldes als eine Abänderung der Verfassung bez. derjenigen Bestimmungen, wonach der Unterricht in der Volksschule unentgeltlich sein soll, zu erachten ist. Wird diese Frage bejaht, so erscheint eine formelle Abänderung der Verfassung unvermeidlich.

* [Eisenbahntarifcommission.] Am 16. Februar hielt die Eisenbahntarifcommission in Gemeinschaft mit dem Ausschuss der Verkehrsinteressen in Berlin unter Vorsitz des Geh. Ober-Regierungsraths Wittich ihre erste diesjährige Sitzung ab. Es wurden eine Anzahl Beschlüsse über die Tarification einzelner Waaren gefasst.

* [Verlängerung der Legislatur-Perioden.] Ueber die Abänderung des Artikels 24 der Verfassung, welche der Reichstag durch die beantragte Einführung fünfjähriger Legislatur-Perioden beschlossen hat, wird der Bundesrath ohne eine vorhergehende Ausschussberatung in nächster Plenarsitzung, also wahrscheinlich am künftigen Donnerstag, abstimmen. Die Annahme des Antrages ist natürlich zweifellos.

* [Nach den Ausführungsbestimmungen des neuen Wehrgesetzes.] werden ungefähr 8-9000 bereits verabschiedete Landwehr-offiziere des nunmehrigen ersten Aufgebots wieder angestellt und so lange in der Rangliste g-führt, bis sie das 39. Lebensjahr überschritten haben. Diese Offiziere sind ausschließlich für die Landwehrformationen bestimmt; für den Landsturm bleiben dann an Chargen die Jahrgänge der früheren Landwehr-offiziere vom 40.-45. Lebensjahre übrig, zu denen noch diejenigen ehemaligen Einien-Offiziere hinzutreten, welche im Mobilmachungsfalle bei der Landwehr keine Verwendung gefunden haben. Außerdem scheint auch beabsichtigt zu sein, im Bedarfsfalle dem Landsturm Offiziere des activen Heeres zu überwiesen, um dieser Formation möglichst Kriegsbrauchbarkeit zu sichern.

* [Die deutsche Turnerschaft und das eiserne Kreuz.] Der Geschäftsführer der „deutschen Turnerschaft“, Dr. Goeh, hat dem Kriegsminister auf dessen Wunsch das Ergebnis der Ermittlungen über die Zahl der in den Jahren 1870 und 1871 mit dem eisernen Kreuz ausgezeichneten Turner zugehen lassen. Es hat sich, wie uns mitgeteilt wird, folgendes für die deutsche Turnerschaft ehrenvolle Resultat herausgestellt: Während von allen überhaupt activ am Kampfe theilnehmenden Mannschaften etwa 3 1/2 Prozent mit dem eisernen Kreuz decorirt wurden, erhielten diese Auszeichnung von allen Turnern, die dem Feinde gegenüberstanden, etwa 5 1/2 Prozent.

* [Die „Action“ in der Bulgarenfrage.] Nach Wiener Nachrichten der „Allg. Ztg.“ beschränken sich die russischen Vorschläge im wesentlichen auf die Erwartung, daß die Mächte den Sultan gemeinschaftlich auffordern, als Oberlehnsherr Bulgariens die Regierung des Prinzen Ferdinand als im Widerspruch mit dem Berliner Vertrag stehend zu erklären. Nach übereinstimmenden Berichten der Wiener „Pol. Corr.“ aus London und Rom wird solchem Vorschlag seitens Russlands erst entgegengekommen. Zwangsmaßregeln würden von Russland nicht vorgeschlagen. Wiener diplomatische Kreise halten eine Einigung über die russischen Vorschläge zwischen Oesterreich, England und Italien für wahrscheinlich.

* [Gold-Syndikat für Südwest-Afrika.] Man schreibt dem „D. Tgl.“ über eine Note über die am Mittwoch Abend erfolgte Gründung in Hereroland: „Wie man sich entsinnen wird, waren in der letzten Sitzung der Colonialgesellschaft für Südwest-Afrika die vorgelegten Statuten eines solchen Syndikats nicht genehmigt worden, vielmehr sollten neue ausgearbeitet und vorgelegt werden. Das neue Syndikat scheint sich nun ohne Rücksicht auf diese Verhandlungen gebildet zu haben. Auffälligerweise fehlt unter den Gründern der Name des bekannten Hauptbetheiligten der Colonialgesellschaft, des für diese Sache besonders interessierten Herrn v. Ciliethal-Eberfeldt. Auch die Firma Mendelssohn, welche sich anfänglich betheiligen wollte, hat sich zurückgezogen. Offenbar liegen Meinungsverschiedenheiten vor, welche wohl in dem geringen Vertrauen der letztgenannten Herren auf die Actionslust der das neue Syndikat bildenden Männer ihren Grund haben dürften. Wenn Unternehmer sich schon bereit halten, an die Ausbeutung der Goldfelder zu gehen, die nach dem sogenannten Goldgesetz möglichst freigegeben werden soll, so ist ein energisches Handeln erst recht dringend nöthig. Die neue Gesellschaft will aber wieder eine Vermittlerrolle spielen,

„Sophie“, welche heute von unseren Kathedern herab gelehrt wird und deren Verdienste wir nicht leugnen wollen, dem Vorwurf des kranken Materialismus. Allerdings muß diese Philosophie sich auch nach einer anderen Seite mit Schopenhauer auseinandersetzen. Für Arthur Schopenhauer existirt nur das Individuum wahr und wirklich, Familie, Gesellschaft, Staat Menschheit sind ihm nur abgeleitete Begriffe — das Gegentheil lehrt Hegel: ihm ist der Staat, die Gesellschaft das Absolute, und da das Absolute auch das Vernünftige ist, so ist ihm zunächst der Staat, die Gesellschaft vernünftig und dann gar bald auch der Staat und die Gesellschaft. Gegenüber breitet Hegel auf der Höhe seiner Wirklichkeit die Hände über sein liebes Berlin, Preußen, seine Schulen und Universitäten: es ist alles gut, weil es ist, und es ist, weil es gut ist.

„Ich kenn' es wohl, so klingt das ganze Buch; Ich habe manche Zeit damit verloren. Denn ein vollkommen' Widerpruch Bleibt gleich geheimnißvoll für Auge wie für Thoren.“

Und doch ist diese wichtige Frage noch zu lösen. Gibt es zwischen dem Schopenhauerschen Extrem, nur das Individuum ist (in der Welt der Erscheinungen) wirklich, — und dem Hegelschen, nur der Staat, die Gesellschaft ist wirklich, eine Vermittelung oder muß man sich auf den einen oder den anderen Standpunkt stellen? Es ist hier nicht der Ort, auf das Problem näher einzugehen; eine ernste Erfassung und Lösung desselben hat in der ihm eigenen strengen Art Wilhelm Wundt in seiner Ethik versucht, einem Werk, das die Beachtung aller Gebildeten verdient, wenn sich auch der Leser nicht immer in Uebereinstimmung mit dem Autor befinden wird.*)

Wie dem aber auch sei, Schopenhauer mag in diesem einen Punkte Recht oder Unrecht haben, zweifellos bleibt, daß seine Lehre vom Willen eine eminent praktische Bedeutung hat.

*) Ethik. Eine Untersuchung der Thatfachen und Gesetze des sittlichen Lebens. Von Wilhelm Wundt. Stuttgart. Ferdinand Enke 1886.

nicht selbst an die Ausbeutung der Metallschätze gehen, und sie erscheint daher insofern neben der Colonialgesellschaft zwecklos oder überflüssig. Jedenfalls ist es auch bedenklich, wenn eine Gesellschaft mit Namen wie v. Bleichröder an der Spitze das nötige Kapital erst noch in weiteren Kreisen aufbringen will. Hier kommt es doch darauf an, daß große Kapitalisten mit eigenem Gelde und eigener Unternehmungslust vorgehen.“

Ja freilich; mit schönen Reden, Trastien auf Festessen und ein paar Thaler Beiträge zu Colonialvereinen wird's nichts!

* [Die Commission des Abgeordnetenhauses für das Schullastengesetz.] hat heute in zweiter Beratung den § 5 der Beschlüsse erster Lesung — Erhebung von Schulgeld in Volksschulen — unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Darnach kann Schulgeld fortgehoben werden 1) für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schulen nicht einheimisch sind, 2) bei einzelnen Schulen, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anforderungen nicht hinausgehen, wenn alle schulpflichtigen Kinder des Schulbezirks, für welche die Aufnahme in eine solche Schule nicht nachgesucht wird, in einer schulgeldfreien Schule des Bezirks Aufnahme finden. Der Antrag Weber, die Erhebung des Schulgeldes nur in den sog. „gehobenen Schulen“ zuzulassen, wurde wiederum abgelehnt. Zu dem 2. Alinea des § 5 beantragte Abg. Wessl, daß für die einzelnen Schulen, in denen Schulgeld fortgehoben wird, nicht nur die Zahlung des Staatsbeitrages, sondern auch der nach § 26 des Lehrerpensionsgesetzes vom 6. Juli 1885 zu zahlende Pensionszuschuß in Wegfall kommen soll. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und das Alinea 2 in folgender Fassung gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

„Der Staatsbeitrag wird für Lehrstellen an solchen Schulen nicht gezahlt, im übrigen aber gelten dieselben als Volksschulen im gesetzlichen Sinne.“

§ 5 al. 3 lautet nach der Formulierung der Subcommission:

„Außerdem kann bei Volksschulen, bei denen der durch Aufhebung des Schulgeldes entstehende Ausfall durch den Staatsbeitrag oder weitere dafür zu gewährende Staatsbeihilfen nicht gedeckt ist, die einseitige Erhebung des Schulgeldes mit Genehmigung der Bezirksauschüsse des Kreisaußschusses, bei Stadtschulen des Bezirksauschusses stattfinden, wenn andererseits eine erhebliche Vermehrung der Communal- oder Schulabgaben eintreten müßte. Der Gesamtbeitrag des hiernach fortzuerhebenden Schulgeldes darf jedoch die an der Deckung fehlende Summe nicht übersteigen. Von 5 zu 5 Jahren ist zur Weitererhebung eine erneute Genehmigung erforderlich.“

Der Antrag v. Jedlich, den letzten Satz: „Von 5 zu 5 Jahren u. s. w.“ zu streichen und oben nach „Außerdem kann“ die Worte „für höchstens fünf Jahre“ einzufügen, wird abgelehnt und al. 3 gleichfalls gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Bekanntlich hatte Ministerialdirector de la Croix dieses Alinea als mit dem Grundgedanken des Gesetzes unvereinbar, d. h. als unannehmbar bezeichnet. Demnach wird der ganze § 5 in der obigen Fassung mit 17 gegen 4 Stimmen angenommen. Gegen den § 5 stimmen die Freisinnigen und einige nationalliberale und freiconservative Mitglieder. Ferner lag der Commission ein von den nationalliberalen Abgg. Dr. Weber-Halberstadt und Seyffardt-Magdeburg eingebrachter, dem von den Freisinnigen beantragten Gesetzesentwurf entsprechende Antrag vor, folgende Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen:

„Die Beiträge und Antrittsgelder, welche gemäß § 3 des Gesetzes über die Erweiterung, Verwandlung und Neuerrichtung von Wittimen- und Waisenhäusern für Clementarlehrer vom 22. Decbr. 1889 (G.-G. 1870 G. 1) von Lehrern an öffentlichen Volksschulen zu leisten sind, werden am 1. April 1889 auf die Staatskasse übertragen.“

Der Antrag wurde als nicht in wesentlichen Beziehungen u diesem Gesetz stehend abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte der zweite Antrag der beiden nationalliberalen Mitglieder, der also lautet:

„Der § 1 des Gesetzes vom 16. Mai 1885 (G.-G. 128) wird dahin abgeändert, daß vom 1. April 1889 ab der von Antheile Preußens am Ertrage der Getreide- und Viehzölle zu allgemeinen Staatszwecken zu verwendende Betrag, welcher von den Ueberweisungen an die Communalverbände abgezogen ist, von 15. Mill. Mth. auf 20 Mill. Mth. erhöht wird.“

Für diesen Antrag stimmten nur 6 freisinnige und nationalliberale Mitglieder.

* Kiel, 20. Februar. Bei der Eröffnung des Landtages bestätigte Oberpräsident Steinmann, daß bei Eintritt günstiger Witterung die Arbeiten für den Nordsee-Canal mit voller Kraft in Angriff genommen würden. Die Barackenbauten

Die Menschen an die Macht des Willens glauben lehnen, heißt sie zur Bethätigung des Ideals aufrufen. Und das Ideal bleibt fönendes Erz und klingende Schelle, wenn es sich nicht zeigt in der unmittelbaren That. Würde dieser (übrigens auch schon von Schiller gedachte) Gedanke in unserer Erziehung durchgeführt, würde die Pädagogik sich stets bewußt bleiben, daß das A und O ihrer Aufgabe darin besteht, dem Willen die unablenkbare Richtung auf das Gute zu geben, so müßte ein Geschlecht von Männern und Frauen heranreifen, würdig des Namens deutscher Männer und Frauen, würdig seiner großen Lehrer und Leiter.

Wir sind am Ende unseres Weges. Wir haben versucht, ein schwaches Nachbild jener Geistessonne, die am Horizonte unser Vaterland aus dem Dunkel des Unbewußten auftauchte, zu entwerfen. Dieses große Licht steht heute leuchtend am Himmel, seine Strahlen verjehen es über die ganze Welt, möge es nicht die am wenigsten wärmenden und erquickenden in unsere theuere Stadt Danzig senden. Zum Andenken an den großen Todten wird heute ein Stein an dem Hause seiner Geburt der Welt verkünden, daß hier Arthur Schopenhauer das Licht der Welt erblickte. Dieser Stein ist ein schönes Zeichen, daß wir unserer großen Männer mit Freude und Stolz gedenken. Er bleibt aber Stein, wenn wir ihn nur als Erinnerungseichen verstehen, nicht auch als ein Mahnzeichen, das uns zu ruft: Stehet treu und fest, trotz alles Schüttelns und Rüttelns, zu dem Ideal, nicht dem verschommenen geträumten, sondern dem klar erkannten. Gorget dafür, daß in dem schönen Leibe, der dieser Stadt vor tausenden von anderen Städten gegeben worden ist, auch stets eine schöne, große, dem gemeinen Besten opferfreudig sich hingebende Seele wohne. Dann wahrlich wird das Andenken Arthur Schopenhauers unter uns, seinen Landsleuten, geeignet sein und bleiben, würdige Früchte tragen bis in die spätesten Geschlechter.

A. R.

sind vergeben. Ferner theilte der Oberpräsident mit, daß die Staatsregierung zur Hebung der Hochseefischerei die Anlage eines Hafens bei Emmerloff an der schleswigschen Westküste beabsichtige und zugleich die Verbindung dieses Hafens mit einem Ofsseehafen durch eine Bahnanlage projectire.

* Posen, 20. Februar. Zu der Interpellation, welche der „Gonier Wielk.“ an die polnische Landtagsfraction in Bezug darauf gerichtet hat, ob es wahr sei, daß einer der polnischen Abgeordneten dem Abg. v. Schorlemer-Alst die Informationen zu dessen Angriff gegen die Deputation, welche dem Erzbischof D. Dinder die Petition in Betreff der polnischen Sprache beim Religionsunterricht überreicht hat, gegeben, ein anderer polnischer Abgeordneter (v. Rosciolski) dagegen dem Abg. v. Schorlemer-Alst für dessen Angriff gegen die Deputation gedankt habe, bemerkt der „Kurjer Pozn.“:

„Das Auftreten der polnischen Abgeordneten im Landtage müßte zwar der Erörterung und Kritik seitens der öffentlichen Blätter unterliegen; jedoch sei es unnöthig und oft sogar schädlich, über Privatgespräche und interne Angelegenheiten der Fraction Mittheilungen zu bringen. Das Vertrauen müßte die polnische Gesamtheit zu ihrer Vertretung haben, daß diese die einzelnen Mitglieder der Angelegenheiten der Nation nicht compromittiren lasse und daß, wenn ein polnischer Abgeordneter einen unangehörigen Schritt gethan hat, die Fraction selbst dies corrigiren könne und auch corrigire; die Veröffentlichung unwahrer oder unvollständiger Nachrichten in öffentlichen Blättern dagegen thue nicht nur nicht gut, sondern compromittire auch die Polen vor den Deutschen und erzeuge bei den Polen Gährung, Mißverständnis und Zwietracht.“

* Aus Gachin, 19. Febr., wird der „Voss. Z.“ geschrieben: Zu denjenigen nationalliberalen Abgeordneten, welche für die Verlängerung der Legislaturperiode gestimmt haben, gehört auch der Abgeordnete des 2. sächsischen Wahlkreises, der Fabrikbesitzer Hoffmann in Neugersdorf, welcher vor Jahresfrist öffentlich in den Zeitungen erklärte, daß er gegen jede Abänderung des Wahlgesetzes stimmen werde. Wie die „Lit. Morgenztg.“ berichtet, soll Herr Hoffmann damals sogar erklärt haben, daß er gegen jede Beschränkung des Wahlrechtes eintreten wolle. Zur Entschuldigung des Herrn Hoffmann erklärt nunmehr die „Oberlaus. Dorfztg.“, daß es sich im vorliegenden Falle um keine Aenderung des Wahlgesetzes, sondern um eine Verfassungsänderung gehandelt habe; nach dieser Richtung hin aber liege ein Versprechen des Gewählten nicht vor.

* Strahburg, 20. Febr. Cabannes, der seine Strafe im Zuchthaus zu Halle verbüßt, soll hierher gebracht werden, um den des Landesverrats angeklagten Streisgut und Dietz gegenübergestellt zu werden. (B. Tgl.)

England.

London, 20. Febr. [Unterhaus.] Der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Fergusson, erklärte auf eine Anfrage, die neuen Hebriden seien bis jetzt noch nicht geräumt; Frankreich habe sich zur Räumung derselben innerhalb vier Monaten vom 16. November 1887 ab verpflichtet. Das Gerücht, England sei im Begriff oder habe die Absicht, gegen Venezuela militärisch vorzugehen, sei total unwahr. Die englische Regierung sei im Principe nicht dagegen, die Streiffrage mit Venezuela einem Schiedsgericht zu unterbreiten, halte aber die von Venezuela für einen Schiedspruch vorgeschlagenen Grundlagen für unannehmbar. Bei der darauf fortgeführten Adreßdebatte kündigte der Kanzler des Herzogthums Lancaster, Lord Manners, an, die Regierung werde eine Vorlage behufs Errichtung eines Ackerbau-Departements einbringen. (W. T.)

Wie die Franzosen über einen Doppelkrieg denken.

Im „Avenir militaire“ befindet sich ein Aufsatz, in welchem der Doppel-Krieg gegen Deutschland und Italien von einer Feder behandelt wird, die offenbar nicht uneingeweiht ist. Durch diesen Aufsatz zieht sich ein Zug der Furcht vor der deutschen und fast verächtlicher Unterschätzung der italienischen Armee hindurch. Der Inhalt ist kurz gefaßt etwa folgender:

Man scheint, dank der französischen Fortschritten an der italienischen Grenze, die Absicht zu haben, gegen Italien die reine Defensiv zu behaupten, während man gegen Deutschland offensiv vorgehen wolle. Verfasser meint, dies wäre falsch, selbst wenn Deutschland zuerst und Italien später angreifen sollte. Käme aber Italien als Vorhut in den Kampf, so sollte sich Frankreich doch nicht verleiten lassen, zwei Truppen gegen dessen Armee ins Feld zu schicken, sondern nur das 19. Corps und eilig zusammengejogene Reserven, mit denen man die Truppenmasse auf 200 000 Mann bringen könne; alles Uebrige müßte gegen Deutschland aufmarschiren, welches doch früher oder später in den Kampf eingreifen würde. Diese 200 000 Mann könne Frankreich eher zusammenbringen, als die in keiner Weise kriegsbereite italienische Armee mobil sei; es sei daher anzurathen, mit dieser Masse sofort die Offensive zu ergreifen und sie, wenn die Flotte bereit ist, auf Genua, wenn solches nicht der Fall ist, auf Turin zu dirigiren. In ersterem Falle müßten Scheinlandungen in Toskana gemacht, in letzterem von dem großen befestigten Lager bei Briançon aus vorgegangen werden.

Die Hauptsache bliebe ein massenhafter Vorstoß und keine vereinzeltere Erfolge. Eine Vertheilung der italienischen Grenze würde die französische Grenzarmee auf viele Punkte zerstückeln, wobei man dem Gegner die freie Wahl der Zeit und des Raumes überlasse; diese Defensiv würde also ebenso viel Mannschaften erheischen, als eine kräftige Offensive, aber geringere Resultate erzielen. Sollte aber wider Erwarten Deutschland zuerst angreifen, so liege es auf der Hand, daß man hier zuerst den Sieg zu erröchten suche, und zwar mit Einschaltung der ganzen Armee. Bei der Langsamkeit der italienischen Kriegsbereitschaft hätte man immer noch Zeit, die Territorial-Regimenter einzuuberufen; aber auch diese sollten nicht Gemoehr beim Fuß in den leicht zu umgehenden Grenzbefestigungen stehen bleiben, sondern in den engen Defileen der Seapalpen den Italienern offen entgegengehen, um ihren Vormarsch aufzuhalten.

Die Italiener werden sicherlich nicht verfehlen, die Lehren, welche ihnen von Frankreich aus, ihre vielleicht nicht genügend vorbereitete Kriegsbereitschaft betreffend, gegeben werden, einer genaueren Beachtung zu unterziehen.

Von der Marine.

* Kiel, 19. Febr. Behufs rechtzeitiger Fertigstellung derjenigen Kriegsschiffe, welche im Frühjahr in Dienst kommen, sind in letzter Zeit auf der hies. Werft zu Kiel neue Arbeitskräfte eingestellt. Es befinden sich zur Zeit sieben große Schiffe und eine Anzahl Torpedoboots auf der

Werft, die mehr oder minder bedeutenden Reparaturen unterzogen werden. Einer besonders eingehenden Reparatur sind unterzogen: die Panzerschiffe „Raifer“ und „Odenburg“, der Aviso „Bliß“ und die Fregatte „Niobe“, sowie eine Anzahl der Torpedoboots. Die Beendigung der Arbeiten dürfte zum April resp. Mai erfolgen. „Raifer“ wird an Stelle der „Hansa“ die Functionen eines Wachtschiffes der Ofsce-Station übernehmen. „Odenburg“ wird dem Uebungsgelehrer einverleibt werden, „Bliß“ als Flaggschiff der Torpedobootsflotte dienen und „Niobe“ als Seekadetten-Schulsschiff in Dienst kommen. Aviso „Greif“ kommt zu Uebungszwecken, Briggs „Rover“ und „Musquito“ kommen als Schiffsjungen-Schulsschiffe in Dienst.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Vom Kronprinzen.

Berlin, 21. Februar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgendes Bulletin:

San Remo, 21. Februar, Vormittags 10 Uhr 30 Min. Das Befinden des Kronprinzen am gestrigen Tage war viel besser, sowohl bezüglich des Hustens und des Auswurfs, als auch des Appetits. Auch Nachts waren weniger Hustenanfälle. Der Kronprinz verbrachte in der letzten Woche den größten Theil des Tages außerhalb des Bettes.

Aus San Remo von heute Vormittag meldet „W. T. B.“: Der Kronprinz hatte eine bessere Nacht, Husten und Auswurf haben wesentlich nachgelassen. Der Kronprinz wurde vielfach am Fenster gesehen.

Dem „B. T.“ wird aus San Remo von Montag, d. 20. d., 11 Uhr 45 Min. Nachts, gemeldet: Nach der heute Nachmittag vorgenommenen Besichtigung des Rehlkopses traten alle Aerzte zu einer Berathung zusammen, in welcher ein vollständiges Einvernehmen über die weitere Behandlung des Krankheitsfalles erzielt wurde. Nach der schlecht verbrachten Nacht vom Sonntag auf Montag hatte der Kronprinz einen verhältnißmäßig befriedigenden Tag; von Fieber war keine Spur vorhanden. Der Auswurf war geringer geworden, auch der Husten ließ nach. Gegen Abend insbesondere fühlte sich der Kronprinz wohler als während der letzten Tage. Mackenzie sprach sich mir gegenüber soeben günstiger aus; er hegt heute wieder die Hoffnung, daß der hohe Patient während der nächsten Tage eine Erleichterung fühlen werde. Natürlich wird der Kronprinz aufs äußerste gespart. So kam es, daß der Prinz von Wales, welcher heute hier ankam und sich alsbald in die Villa Iriio begab, den Patienten nicht sprechen durfte. Er wird den Kronprinzen wahrscheinlich morgen sehen und dann wieder abreisen.

Der „National-Zeitung“ wird aus San Remo vom 21. Februar, 12 Uhr 5 Min. Mittags, telegraphirt: Der Schlaf des Kronprinzen war in der letzten Nacht besser, obwohl einige Unterbrechungen stattfanden. Heute stand der Kronprinz wieder auf. Der gestrige Tag war, wie bereits hervorgehoben wurde, der beste seit der Operation; der Kronprinz blieb 10 Stunden hindurch außerhalb des Bettes. Es hat nunmehr eine Untersuchung des Rehlkopses mittelst des Rehlkopfspiegels stattgefunden, an der sämmtliche Aerzte theilnahmen. Der Eingang des Rehlkops ist freier geworden, wahrscheinlich in Folge des geschwüngen Zerfalls der rechtsseitigen Geschwulst. Ueber die Diagnose fand keine besondere Erörterung statt, da eine solche auf die Behandlung keinen Einfluß hat. Alle Meldungen, daß nicht passende Canülen angewendet worden wären, sind durchaus unrichtig; vielmehr waren Canülen der verschiedensten Länge und Krümmung vorhanden, auch wurden dieselben, je nach Bedürfnis, abwechselnd angewendet. Der Auswurf bestand denn auch bereits vor der Operation und rührt, wie bestimmt ausgesprochen werden muß, nicht von dem Reize der Canüle her.

Berlin, 21. Februar. Die heutige Verhandlung des Abgeordnetenhauses über die Secundärbahnvorlage hatte eine lange Rednerliste, die Debatte war aber fast ohne Bedeutung und nur von lokalem und provinziellem, nicht von sachlichem und principiellem Werthe. Für jeden Landestheil, welcher eine Bahn erhalten soll, erhob sich ein Abgeordneter, welcher seine Befriedigung darüber aussprach und dem Minister Manbach dafür seinen tiefgefühltesten Dank votirte, und für jede vergeblich erhoffte Bahn erhob sich gleichfalls ein Abgeordneter, welcher sagte, er habe diese oder jene Linie mit Bedauern vermisst, und der seinem lauten Schmerz darüber Ausdruck gab. Ein Redner dankte sogar schon für eine Linie, welche zum nächsten Male gefordert werden würde. — Abg. Rickert sagte, ein solcher Verlauf einer Generaldebatte schädige das Ansehen des Parlaments. Der Minister forderte Geld, und von allen Seiten tönt ihm der Dank des Hauses, und es tönen ihm neue Specialwünsche entgegen. — Natürlich fiel man da von allen Seiten über den Redner her, so die Abgg. v. Ennern, Graf Limburg-Stirum, Gerlich, Wehr (Dt. Krone) und Biesenbach. Letzterer erklärte es für die erste Pflicht eines Abgeordneten, mit Mannesmuth die Wünsche seines Wahlkreises zu vertreten. — Abg. Meyer (Breslau) schlägt unter Heiterkeit des Hauses vor, künftig eine besondere Danktagungssitzung abzuhalten. — Morgen: Eisenbahnetat.

Reichstag. Postetat. Die Forberung für das neue Postgebäude in Insterburg wurde heute angenommen, auf Antrag Schraders aber die

